



## Landtag Nordrhein-Westfalen

### Hendrik Wüst MdL

Rechtsanwalt

Wirtschafts-, mittelstands- und  
energiepolitischer Sprecher der  
CDU-Landtagsfraktion

---

Hendrik Wüst MdL · Postfach 10 11 43 · 40002 Düsseldorf

Herrn  
Bernhard Wilms

- Per Email -

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-2781  
Telefax: (0211) 884-3342

eMail: [hendrik.wuest@landtag.nrw.de](mailto:hendrik.wuest@landtag.nrw.de)  
Internet: [www.hendrik-wuest.de](http://www.hendrik-wuest.de)

Düsseldorf, 29.11.2011 cb

### Ihre Email vom 14. November 2011 an Herrn Norbert Post MdL

*Sehr geehrte Herr Wilms,*

auch im Namen von Norbert Post MdL bedanke ich mich für Ihre Email vom 15. November 2011 zum Thema Fracking in Mönchengladbach. Herr Post bat mich als den wirtschafts-, mittelstands- und energiepolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Ihnen zu antworten. Dieser Bitte komme ich gerne nach und nehme dazu wie folgt Stellung:

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich grundsätzlich für die Erkundung heimischer Rohstoffe ein. Diese Rohstoffe können, insofern wettbewerbsfähig nutzbar, mittel- bis langfristig einen Beitrag zur erhöhten Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit leisten. Hierbei ist zu beachten, dass von den zur Verfügung stehenden Erkundungs- und Fördermethoden nur diejenigen zuzulassen sind, die nach einer spezifischen, transparenten Abwägung im Einzelfall unter Beteiligung von Vertretern aller relevanten Interessen verantwortbar sind. Der Schutz der Menschen und der Schutz unserer Lebensgrundlagen sind für die CDU-Landtagsfraktion höher zu bewerten als wirtschaftliche Erwägungen. Toxische Stoffe gehören nicht in den Boden und das Wasser dicht besiedelter und landwirtschaftlich geprägter Regionen.

Die CDU-Landtagsfraktion stellt bezogen auf die anstehende Erkundung heimischer s.g. unkonventioneller Erdgasvorkommen fest: Mit unserem Antrag haben wir die dringend notwendige parlamentarische Debatte über die Chancen und Risiken der Erkundung sowie Nutzung der heimischen Erdgasvorkommen initiiert. Zuerst galt es, die Transparenz zu erhöhen. Aus der mangelhaften Informationspolitik der rot-grünen Landesregierung und der erkundenden Unternehmen ist ein hohes Maß an Unsicherheit vor Ort entstanden. Wir nehmen die Sorgen und Nöte der Bevölkerung in den betroffenen Regionen ernst und haben daher eine Anhörung unter Beteiligung

aller wesentlichen Akteure zur Erkundung und Förderung von unkonventionellem Erdgas durchgeführt.

Basierend auf der Anhörung halten wir es weiterhin für notwendig, die Genehmigungsverfahren den spezifischen Erfordernissen der unkonventionellen Erdgasförderung anzupassen. Des Weiteren steht für uns fest: Schon Erkundungsmethoden, erst recht ggf. sich anschließende Fördermethoden müssen diesem spezifischen Genehmigungsverfahren unterzogen werden. Erst wenn danach feststeht, dass sie verantwortbar sind, darf mit den Maßnahmen begonnen werden. Nach derzeitigem Stand der Technik haben wir sehr ernste Bedenken, ob die Methode des konventionellen Fracking einer solchen Prüfung standhalten könnte. Sie ist mindestens für solche Regionen ungeeignet, die ihr Trinkwasser aus dem Grundwasser fördern. Es liegt daher im dringenden Interesse der Erkundungsmaßnahmenträger, alle Anstrengungen zu unternehmen, weniger beeinträchtigende Methoden zu entwickeln.

SPD und Grüne hätten gut daran getan, unserem seit Ende Januar vorliegenden Antrag zuzustimmen. Stattdessen ist erst am 6. Juli 2011 in der Sitzung des Umweltausschusses, ohne vorherige Konsultation mit der CDU, von Rot-Grün ein eigener Antrag eingereicht worden. Dieses Vorgehen zeigt, dass SPD und Grüne an einem wirklichen Konsens in der Sache nicht interessiert sind.

Einigkeit herrscht jedoch insoweit, als dass alle Fraktionen der Technologie des Fracking äußerst skeptisch gegenüberstehen. Vor diesem Hintergrund wird die CDU-Landtagsfraktion auch weiterhin darauf hinarbeiten, einen fraktionsübergreifenden Konsens im Hinblick auf die Förderung unkonventionellen Erdgases in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

Ein erster Schritt dazu ist sicherlich mit dem jüngsten gemeinsamen Erlass des Umwelt- und des Wirtschaftsministeriums getan, der alle behördlichen Entscheidungen über beantragte Genehmigungen für Erdgasbohrungen untersagt, in denen Fracking möglich, direkt oder indirekt geplant oder technisch möglich ist, bis ein Gutachten des Landes vorliegt, dass die Gefährlichkeit der Gassuche für Mensch und Umwelt untersuchen soll. Dieses Gutachten, dessen Ergebnissen die CDU-Landtagsfraktion mit Spannung entgegenseht, wird frühestens im Sommer 2012 vorliegen, so dass die Methodik des Fracking bis dahin auf jeden Fall verboten ist. Auf Grundlage des Gutachtens und vor dem Hintergrund der bestehenden Skepsis wird die CDU-Landtagsfraktion für eine landesweite und nach Möglichkeit auch bundesweite Regelung eintreten.

Bei Rückfragen oder Anmerkungen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Hendrik Wüst MdL